

7. Entlastung von Lehrpersonen im- und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote, der Produktivität und der Verweildauer im Beruf

Antrag des Regierungsrates vom 14. Mai 2025 und Kommission für Bildung und Kultur vom 18. November 2025

KR-Nr. 228b/2022

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die FDP forderte in ihrem Postulat zur Entlastung der Lehrpersonen Förderklassen für Schülerinnen und Schüler, welche den Unterricht in der Regelklasse stark behindern, Aufnahmeklassen für Schülerinnen und Schüler mit ungenügenden Kenntnissen der Unterrichtssprache, die Möglichkeit der Rückstellung von Kindergartenkindern um ein halbes Jahr und einen Ausbau des Zeitbudgets der Lehrpersonen für den Unterricht zulasten anderer Aufgaben.

Die Mehrheit der Kommission will das Postulat direkt abschreiben, weil sie sich den Forderungen entweder nicht anschliessen kann und/oder weil sie einen Teil der Forderungen bereits durch andere Vorlagen, wie die Umsetzung der Förderklasseninitiative (*Vorlage 5988*) oder die Weiterentwicklung des neuen Berufsauftrags (*Vorlage 5966*) abgedeckt sieht.

Eine Minderheit der Kommission äussert sich in ihrer anderslautenden Stellungnahme ernüchtert darüber, dass die Regierung den von einer grossen Mehrheit überwiesenen Forderungen nicht oder eben noch nicht nachgekommen ist.

Ich danke Ihnen, wenn Sie das Postulat im Sinne des Antrags der KBIK-Mehrheit direkt abschreiben.

Minderheitsantrag Alexander Jäger, Rochus Burtscher, Corinne Hoss Blatter (in Vertretung von Marc Bourgeois), Tobias Infortuna, Ursula Junker, Roger Schmidinger:

II. Es wird folgende, vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

Abweichende Stellungnahme

Der Regierungsrat beantragte, die ursprüngliche Motion als Postulat entgegenzunehmen, was die Postulant/innen gewährten. Die Überweisung im Kantonsrat war mit 109 zu 62 Stimmen sehr deutlich. Trotzdem soll das Postulat nun abgeschrieben werden, ohne dass die Bildungsdirektion in irgendeiner Weise darauf reagiert hätte. Das erste Anliegen, Förderklassen, wurde vom Regierungsrat bekämpft und letztlich gegen dessen Willen durch das Parlament durchgesetzt, im Rahmen der Förderklassen-Initiative. Die Umsetzung steht zum Zeitpunkt der Kommissionsbehandlung noch aus. Beim zweiten Anliegen, Aufnahmeklassen, argumentiert der Regierungsrat mit übergeordnetem Recht, das eine Umsetzung verunmögliche. Nur um weiter unten in seiner Antwort festzuhalten, dass Aufnahmeklassen heute schon geführt werden und dass solche auch gemäss Rechtsprechung grundsätzlich, selbstverständlich unter gewissen Bedingungen, möglich

sind. Auch hier ist der Regierungsrat nicht gewillt, aktiv zu werden. Das dritte Anliegen, Zurückstellen von Kindergartenkindern flexibilisieren, wurde vom Regierungsrat im Rahmen von KR-Nr. 397/2018 bekämpft. Davon, dass das Problem weiterhin ungelöst ist, zeugen Motion KR-Nr. 259/2025 und Anfrage KR-Nr. 271/2025. Trotzdem zeigt sich der Regierungsrat nicht offen für Lösungsansätze und schiebt die Problematik weiter vor sich her. Das vierte Anliegen, Entlastung der Lehrpersonen von unterrichtsfremden Tätigkeiten, wurde vom Regierungsrat in der Vorlage 5966 mit der vorgeschlagenen Anpassung des neu definierten Berufsauftrags ins Gegenteil verkehrt. Gemäss dieser Vorlage sollen die Lehrpersonen bei gleicher Arbeitszeit weniger, nicht mehr Stunden in den Unterricht investieren – was genau dem Gegenteil der Forderung entspricht. Damit wird die steigende Belastung in den Bereichen Schule und Zusammenarbeit hingenommen, anstatt sie wirkungsvoll abzubauen. Insgesamt wurde der Regierungsrat bei diesem deutlich unterstützten Postulat nur dort aktiv, wo er im Rahmen anderer Motionen und Initiativen von einer Kantonsratsmehrheit dazu gezwungen wurde. So wird das kantonsrätliche Instrument des Postulats zur Makulatur.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Wir haben heute Morgen beschlossen, dass die Volksschule teurer werden soll. Sie muss aber auch wieder einfacher werden, ich denke, das ist fast wichtiger. Deshalb haben wir schon vor einiger Zeit vor der Diskussion um den NBA (*Neuer Berufsauftrag*) Vorstösse mit verschiedenen Massnahmen eingereicht. Diese könnte man sicher ergänzen, dann müsste man halt auch Vorstösse machen. Man kann sie im Einzelnen auch hinterfragen und optimieren, aber es sind organisatorische Massnahmen, die die Schule einfacher machen sollen, ohne sie unnötig teuer zu machen.

Das Postulat wurde mit 109 zu 62 Stimmen klar überwiesen, und trotzdem wird es jetzt heute mehrheitlich ohne abweichende Stellungnahme abgeschrieben. Wir sind nicht ganz glücklich darüber, denn wenn wir genau hinschauen, dann hat die Bildungsdirektion eigentlich nichts gemacht. Das ist insofern ein bisschen ärgerlich, als dass ich mich überreden lassen habe, aus einer Motion ein Postulat zu machen. Und der Dank dafür ist dann, dass einfach gar nichts geschieht und das Postulat abgeschrieben wird.

Es gab verschiedene Forderungen, wir haben es von der Kommissionspräsidentin gehört. Die gewichtigste Forderung wurde tatsächlich umgesetzt oder ist in Umsetzung, aber nicht dank der Bildungsdirektion. Wir reden hier von den Förderklassen, die dieser Kantonsrat unterstützt hat und die jetzt in der KBIK in der Umsetzungsphase sind. Wir sind glücklich, dass es so gekommen ist, aber wie gesagt, auf die Forderungen eingegangen ist die Bildungsdirektion nicht.

Das zweite Anliegen, die Aufnahmeklassen, da verstehe ich – ich bitte Sie, lesen Sie mal den Text – die Argumentation des Regierungsrates nicht. Er argumentiert mit übergeordnetem Recht, das eine Umsetzung verunmögliche, dass Kinder, die ungenügende bis fast gar keine Deutschkenntnisse haben, zunächst in eine Aufnahmeklasse kommen, um danach erst in eine Regelklasse zu kommen, sobald sie einigermassen ein Niveau erreicht haben. Das geht bei Kindern ja meistens nicht

unglaublich lange. Weiter unten hält dann der Regierungsrats fest, dass es ja Aufnahmeklassen gebe, dass solche heute schon geführt werden und dass solche auch gemäss Rechtsprechung grundsätzlich möglich seien, natürlich unter gewissen Bedingungen. Sie können nicht ein Kind sechs Jahre lang in einer Aufnahmeklasse halten, das ist klar, aber das haben wir auch nie gefordert. Also uns ist es ein bisschen unklar, wie da die Argumentation ist. Einerseits sagt man, es verstosse gegen übergeordnetes Recht, und andererseits sagt man «wir haben es ja bereits». Auch hier war der Regierungsrat nicht gewillt, aktiv zu werden.

Das dritte Anliegen, das Zurückstellen von Kindergartenkindern allenfalls um ein halbes Jahr, wurde vom Regierungsrat auch nicht unterstützt. Das Problem ist nach wie vor ungelöst. Die Bildungsdirektion sagt «ja, da muss man halt einfach der Kindergartenlehrperson eine zweite Person zur Seite stellen», also wieder Probleme mit Geld lösen. Und der Effekt ist, dass wir halt jetzt wieder einen entsprechenden Vorstoss (KR-Nr. 259/2025) im Kantonsrat hängig haben, wo es genau um diese Problematik, den Einschulungstermin dieser Kinder geht. Also das Problem hat sich nicht gelöst und wird weiter auf der Traktandenliste bleiben.

Das vierte Anliegen, die Entlastung der Lehrpersonen von unterrichtsfremden Tätigkeiten, wurde eigentlich mit der Vorlage 5966 von heute Morgen ins Gegenteil verkehrt. Es wird nicht mehr in die Unterrichtsstunde investiert, sondern mehr in das ganze Drumherum. Also die Lehrpersonen haben mehr Zeit für das ganze Drumherum, und wo Zeit ist, da wird diese Zeit dann wohl auch irgendwann für Tätigkeiten, die nicht direkt mit dem Unterricht zu tun haben, konsumiert werden. Insgesamt wurde der Regierungsrat bei diesem deutlich unterstützten Postulat nur dort aktiv, wo er im Rahmen anderer Motionen und Initiativen von einer Kantonsratsmehrheit dazu gezwungen wurde. So wird das kantonsrätliche Instrument des Postulats zur Makulatur, eigentlich können wir uns Postulate so sparen.

Uns ist das klar zu wenig. Wir schreiben ab, aber mit abweichender Stellungnahme. Die Probleme werden weiter verdrängt, statt dass sie behoben werden. Besten Dank.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Bereits bei der Überweisung dieses auf den ersten Blick wohlklingenden Postulats haben wir diesen Vorstoss abgelehnt, denn bei genauerer Betrachtung zeigt sich für uns: Entweder verbergen sich hinter dieser Stossrichtung problematische Ansätze oder die Anliegen lassen sich bereits heute auf einem anderen Weg lösen. Mit der Förderklasseninitiative, wir haben es gehört, ist eine zentrale Forderung des Postulats auf der Zielgerade. Wir stolpern auch über den verpflichtenden Besuch von Aufnahmeklassen für fremdsprachige Kinder, und zwar weil dort formuliert ist «bis zum Erreichen eines Mindestniveaus in Deutsch». Und das ist tatsächlich etwas schwierig, weil unklar ist, wer dieses Niveau festsetzt. Wer überprüft respektive wie setzt sich dieses Niveau zusammen? Für uns steht hier die Befürchtung, dass man Kinder dann relativ lange in solchen Aufnahmeklassen beschulen würde, und das widerspricht unserer Haltung von möglichst viel Integration.

Wie gesagt, diese Aufnahmeklassen gibt es. Wir haben bei uns im Bezirk, in Stammheim, eine solche und die arbeitet sehr stark auch daran, dass die Kinder

möglichst rasch teilweise stunden- und dann tageweise in die normale, in die öffentliche Schule integriert werden. Wir halten es für sinnvoll, dass die Gemeinden selber entscheiden können, welche flexiblen Lösungen sie hier haben wollen. Also noch einmal: Wenn Integration und Rückführung an starre Mindeststandards oder gewisse Automatismen verknüpft werden, haben wir die Angst, dass es wirklich zu einer relativ langen Separation von Kindern kommen könnte.

Den Vorstoss zur Rückstellung der Kindergartenkinder lehnen wir so, wie er aktuell unterwegs ist, ebenfalls ab. Und mehr Zeit für den Unterricht und weniger Zeit für administrative oder andere Aufgaben haben wir heute Morgen, wie gesagt, mit dem neuen Berufsauftrag eigentlich erfüllt. Und noch einmal, zum heutigen Stand – und das wird sich nachher auch nicht massiv ändern – entfällt über 80 Prozent der Arbeitszeit der Lehrpersonen auf das Kerngeschäft, nämlich den Unterricht. Und nochmals, wenn es um substanzielle Entlastung der Lehrpersonen gegangen wäre, dann hätte heute Morgen vielleicht auch noch etwas mehr drin sein können. Aus diesem Grund schieben wir das Postulat ab.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Bei diesem Postulat ist durch die Anpassung des neuen definierten Berufsauftrags in der Vorlage, die wir heute Morgen behandelt haben, schon viel gegangen. Mit dieser Anpassung des neuen Berufsauftrags ist eine Massnahme zur Entlastung der Lehrpersonen gewährt. Und mit der Förderklasseninitiative, der am 24. März 2025 im Rat zugestimmt wurde, ist auch ein Punkt des Postulats gewährt, aber extern. Was erfreulich ist: Die Lehrpersonen, die heute im Kanton Zürich arbeiten, haben ein durchschnittliches Pensum von 69 Prozent, im Jahr 2022 waren es nur 64 Prozent. Das ist eine sehr positive Entwicklung.

Die Aufnahmeklassen sollen weiterhin im Fokus stehen und der Entscheider ist immer noch die Schule vor Ort und es ist nichts geregelt. Und diese gezielten Förderungen sind immer noch bei den Schulen vor Ort und sie müssen immer noch selber die begleitenden Massnahmen anordnen. Punkt 3, das Postulat zur Rückstellung des Kindergarteneintritts um ein halbes Jahr, wurde ja am 15. Januar 2024 als erledigt abgeschrieben, bleibt aber immer noch ein starkes Thema. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Abschreibung mit abweichender Stellungnahme. Danke.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Wir beantragen, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht dargelegt, weshalb die einzelnen Forderungen des Postulats entweder bereits umgesetzt, durch laufende oder beschlossene Vorlagen abgedeckt oder aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar sind. Zentrale Anliegen wurden inzwischen aufgenommen, namentlich im Rahmen der Weiterentwicklung des neu definierten Berufsauftrags sowie durch die Ausarbeitung einer regierungsrätlichen Vorlage zum Thema Förderklasse. Dass dies nicht in allen Punkten deckungsgleich mit den ursprünglichen Forderungen erfolgt ist, ändert nichts daran, dass sich das Postulat in der Sache erledigt hat.

Was die abweichende Stellungnahme von FDP und SVP betrifft, ist ausserdem festzuhalten, dass das Postulat mehrere inhaltlich sehr unterschiedliche und teilweise weitreichende Anliegen zusammenfasst – wir haben es jetzt schon öfters gehört –, wie zum Beispiel die bereits genannte Bildung von Förderklassen oder das Zurückstellen von Kindergartenkindern um halbe Jahre. Vor diesem Hintergrund ist es für uns Grüne nachvollziehbar, dass der Regierungsrat diesen Vorstoss nicht als Motion, sondern als Postulat entgegengenommen und die einzelnen Forderungen zunächst geprüft und Bericht erstattet hat. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Antrag der Kommissionsmehrheit und lehnen die abweichende Stellungnahme von FDP und SVP ab.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats mit dem Hinweis, dass die Forderungen inzwischen durch andere Vorlagen und laufende Arbeiten abgedeckt seien. Tatsächlich werden zentrale Punkte des Postulates heute im Rahmen anderer Geschäfte weiterbearbeitet, namentlich bei der Umsetzung der Förderklasseninitiative sowie bei der Revision des vorher behandelten Lehrpersonalgesetzes. Gerade bei der Flexibilisierung der Kindergartenrückstellung besteht aber weiterhin Handlungsbedarf, der nicht einfach mit dem Verweis auf früher abgeschriebene Vorstösse beiseitegeschoben werden darf. Wir stimmen aber der Abschreibung ohne abweichende Stellungnahmen trotzdem zu.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Einfach eine Vorbemerkung, lieber Marc Bourgeois, ich danke nochmals für die Entgegennahme als Postulat. Der Grund meines Wunsches, diesen Vorstoss als Postulat, nicht als Motion entgegenzunehmen, war mein Motiv, die totale Verwirrung zu verhindern. Hätten wir mit einer Motion genau diese hängigen Vorstösse, alle Anliegen, die in der Pipeline sind, auch noch mit einem Gesetzentwurf weiterbehandelt, dann wäre, glaube ich, das Chaos perfekt gewesen. So kann man nun die einzelnen Elemente gezielt abarbeiten. Ein Element haben wir bereits heute Morgen abgehandelt, das ist die Verabschiedung der Weiterentwicklung des Arbeitszeitmodells der Lehrpersonen. Hier haben Sie einen wichtigen Teil zur administrativen Entlastung der Lehrpersonen beschlossen, und durch die Zusammenlegung der Tätigkeitsbereiche und die Abschaffung der obligatorischen Zeiterfassung ergeben sich Erleichterungen für die Lehrpersonen.

Ein weiteres Anliegen des Postulats hat der Rat mit der Überweisung der Förderklasseninitiative bereits aufgenommen. Also hier nochmals einen Gesetzesvorschlag zu bringen, wo völlig klar ist, was Sie mit der Förderklasseninitiative gerne wünschen, wäre ja ziemlich irr gewesen. Die Umsetzungsvorlage wird ja momentan in der KBIK diskutiert, mal sehen, was da herauskommt.

Zugewanderte fremdsprachige Schülerinnen und Schüler werden schon heute vorübergehend in Aufnahmeklassen oder mit Aufnahmeunterricht beschult. Dort sollen sie ausreichende Deutschkenntnisse erwerben, damit sie dem Regelunterricht folgen können. Das Postulat fordert hier also nichts Neues. Der separierte Unterricht in Aufnahmeklassen muss aber immer zum Ziel haben, eine Integration

in die Regelklasse zu ermöglichen. Dieses System hat sich insgesamt bewährt, entspricht den rechtlichen Vorgaben und gibt den Gemeinden Handlungsspielraum.

In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Alexander Jäger gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission und damit der Abschreibung ohne abweichende Stellungnahme zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.